

Demokratiezentrum Baden-Württemberg



Demokratie macht uns stark

Menschenrechte und demokratische Werte prägen unsere Gesellschaft. Wir müssen Demokratie leben, um sie zu stärken.

Beraten, unterstützen, netzwerken

Anfang 2015 wurde das Demokratiezentrum Baden-Württemberg aufgebaut, gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und dem Land Baden-Württemberg. Das Demokratiezentrum wird von der Jugendstiftung Baden-Württemberg koordiniert und unterstützt Fachkräfte und engagierte Ehrenamtliche im Bereich der Kinder- und Jugendbildung sowie Organisationen, die sich gegen Extremismus und Ausgrenzung einsetzen. Materialien zur Demokratieförde-

rung und Menschenrechtsbildung, Informations- und Beratungsangebote sowie kompetente Netzwerke stehen zur Verfügung.

Die Fachstellen

Unterstützung bei rechtsextremen Vorfällen bieten zwei Fachstellen, die bei der Jugendstiftung und bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) angesiedelt sind. Diese beiden Fachstellen arbeiten eng mit regionalen Beratungsstellen zusammen, die es

als Netzwerk inzwischen in 21 Landkreisen gibt (Seite 3).

Eine weitere wichtige Fachstelle ist bei der LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. angesiedelt. Die Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) entwickelt und bündelt Kompetenzen und Methoden, die Jugendliche vor extremistischen Haltungen schützen (Seite 4).

Seit November 2015 konnte zudem bei der Jugendstiftung eine Fachstelle zur Prävention von religiös begründetem

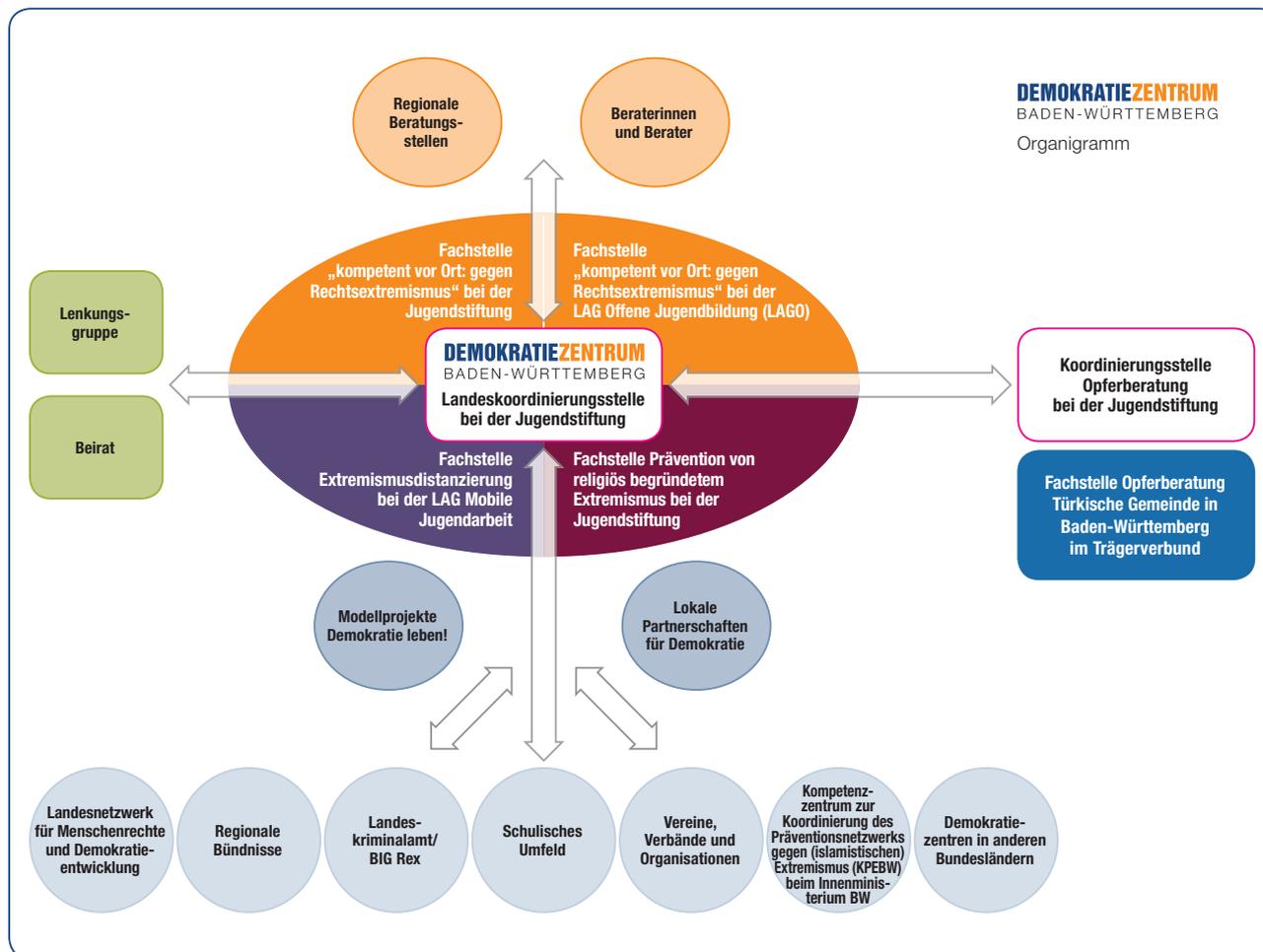
Fortsetzung auf Seite 2



Katrin Altpeter Mdl
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Vielfalt und Toleranz, Respekt und Wertschätzung gehören zu den unumstößlichen Pfeilern unserer freien Gesellschaft. Doch Demokratie, Rechtsstaat und gesellschaftlicher Frieden sind auch bei uns immer wieder Angriffen ausgesetzt. Die steigenden Zahlen von brennenden Flüchtlingsheimen und Angriffen auf Flüchtlinge in den vergangenen

Fortsetzung auf Seite 2



Strukturgrafik des Demokratiezentrum Baden-Württemberg GRAFIK: DEMOKRAZIEZENTRUM BW, FOTO UNTEN: ISTOCK/THINGLASS

Fortsetzung von Seite 1
 Monaten sind dafür nur jüngste, aber besonders beschämende Beispiele.

Wir Deutschen haben im vergangenen Jahrhundert gelernt, welche katastrophalen Folgen es haben kann, wenn eine Demokratie nicht willens oder in der Lage ist, Extremismus entgegenzutreten. Heute sind wir wachsam gegenüber allen Formen von politischem und politisch-religiösem Extremismus. Und wir sind bereit, ihnen – seien es Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus, Linksextremismus oder islamistischer Extremismus – auch entgegenzutreten.

Ein noch junger, aber wichtiger Baustein im Kampf gegen Extremismus in all seinen Facetten ist das Anfang 2015 gegründete Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Hier sind eine Vielzahl von Organisationen vernetzt, die ihre Kompetenz und ihr Fachwissen im Kampf gegen Extremismus zur Verfügung stellen. So dient das Demokratiezentrum u. a. Kommunen und Schulen, aber auch engagierten Bürgerinnen und Bürgern als Beratungsnetzwerk und stellt Informationen und Materialien zur Extremismusbekämpfung zur Verfügung. Mitarbeitende aus Beratungsfachstellen, landesweiten und regionalen Netzwerken, lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ und Modellprojekten kommen im Demokratiezentrum zusammen, um gemeinsam innovative Ansätze im Bereich der Demokratieförderung weiterzuentwickeln und zu erproben. Aber auch Opfer rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Übergriffe finden hier Ansprechpartner und Unterstützung bei der Suche nach individuellen Hilfe- und Unterstützungsangeboten.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, dessen müssen wir uns stets bewusst sein. Demokratie muss gelebt und verteidigt werden, und dazu trägt die wichtige Arbeit des Demokratiezentrum Baden-Württemberg bei. Dafür meinen herzlichen Dank und viel Erfolg!

Katrin Altpeter
 Katrin Altpeter MdL
 Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
 Familie, Frauen und Senioren

Fortsetzung von Seite 1
 Extremismus eingerichtet werden, die Informations- und Bildungsangebote entwickelt und zur Verfügung stellen wird (Seite 12).
 Seit Oktober 2015 haben das Sozialministerium und die Landeszentrale

für politische Bildung die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg beauftragt, eine Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt einzurichten. Das Konzept sieht vor, dezentral und vor Ort Betroffene zu beraten und, falls notwendig, weitere Fachdienste einzubeziehen und

entsprechende Kontakte rasch und kompetent zu vermitteln (Seite 5). Die Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt arbeitet eng mit dem Demokratiezentrum und mit dessen Fachstellen und Netzwerken zusammen.



KONTAKT:
 Demokratiezentrum
 Baden-Württemberg
 Landeskoordinierung bei der
 Jugendstiftung Baden-Württemberg
 Schloßstr. 23
 74372 Sersheim
 Tel. (0 70 42) 83 17-17
 E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de
www.demokratiezentrum-bw.de

IMPRESSUM

Die Beilage „Demokratiezentrum Baden-Württemberg 2015“ wird herausgegeben von der Jugendstiftung Baden-Württemberg.



- Jugendstiftung Baden-Württemberg
 Schloßstr. 23
 74372 Sersheim
 Tel.: (0 70 42) 83 17-0
 Fax: (0 70 42) 83 17-40
 E-Mail: info@jugendstiftung.de
www.jugendstiftung.de
- Redaktion: Angelika Vogt
- Lektorat: Marcus Fuchs
- Titel: Thinkstock/iStock, DeanDrobot
- Druck: Ungeheuer + Ulmer KG
 GmbH + Co, Körnerstraße 14 - 18,
 71634 Ludwigsburg
- Programm-Homepage:
www.demokratiezentrum-bw.de
- November 2015

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und durch das Land Baden-Württemberg.

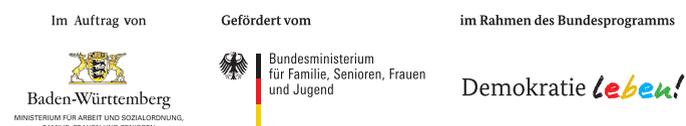




FOTO OBEN: THINKSTOCK/ISTOCK – POGONICI, FOTOS UNTEN: DEMOKRATIEZENTRUM BW

Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“

Zwei Fachstellen, angesiedelt bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg und bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO), begleiten das Netzwerk mit aktuell 21 Beratungsstellen in den Landkreisen. Dort gibt es Ansprechpersonen für Menschen, Gruppen und Institutionen, die – in welcher Weise auch

immer – von rechtsextremen Äußerungen oder Handlungen betroffen sind und/oder sich aktiv dagegen einsetzen wollen.

Die Beratung hat zum Ziel, Betroffene im Umgang mit Rechtsextremismus und mit menschenverachtenden Einstellungen zu unterstützen. Diese Unterstützung orientiert sich an den Bedürfnissen der Anfragenden. Angebote für Be-

ratungssuchende reichen vom Klärungsgespräch über konkrete Einzelberatung bis zur Moderation von Runden Tischen oder zur Gemeinwesenberatung/Community Coaching. Dafür steht ein stetig wachsendes Team von geschulten Beraterinnen und Beratern bereit.

Die Fachstellen vermitteln Referentinnen und Referenten, unterstützen bei

KONTAKT:

Fachstelle kompetent vor Ort –
gegen Rechtsextremismus bei der
Jugendstiftung Baden-Württemberg
Schloßstr. 23
74372 Sersheim
Tel.: (0 70 42) 83 17-30
Fax: (0 70 42) 83 17-40
E-Mail:
beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de

Fachstelle kompetent vor Ort –
gegen Rechtsextremismus bei der
Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugend-
bildung e.V. (LAGO) Baden-Württemberg
Siemensstr. 11
70469 Stuttgart
Tel.: (07 11) 89 69 15-23 oder -26
Fax: (07 11) 89 69 15-88
E-Mail: beratungsnetzwerk@lago-bw.de

Recherchen zur extremen Rechten in der Region und stellen Informationen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) zur Verfügung.

An das Beratungsnetzwerk wenden sich Fachkräfte der Jugendbildung, Lehrerinnen und Lehrer, ehrenamtlich Engagierte, kommunale Politikerinnen und Politiker, zivilgesellschaftliche Initiativen und direkt Betroffene. Rechtsextreme Vorfälle oder Zustände liegen vor, wenn beispielsweise rechtsextreme Jugendliche an einer Schule offen in Erscheinung treten oder versuchen, das örtliche Jugendhaus zu dominieren. Oder wenn Neonazis Demonstrationen und Konzerte veranstalten. Anderswo kommt es möglicherweise zu rassistisch motivierten verbalen und körperlichen Übergriffen gegenüber Andersdenkenden, Migrantinnen und Migranten, zu antisemitischen Parolen und Schmierereien im öffentlichen Raum. Überall dort können Beraterinnen und Berater angefragt werden, um die Arbeit gegen rechts zu unterstützen.

Beratung im Alltag

Der Berater Stefan Gebauer, Kreisjugendreferent Landkreis Konstanz, ist von Beginn an im Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort“ als Berater dabei und berichtet von seinen Erfahrungen.



• **Herr Gebauer, welche Bedeutung messen Sie dem Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort“ bei?**

Stefan Gebauer: Das Beratungsnetzwerk bringt sehr viel, denn man steht eben nicht alleine da, sondern hat den Rückhalt durchs Netzwerk. Wenn sich ein Vorkommnis von rechtsextremem ereignet, können wir uns austauschen, fragen und den Erfahrungsschatz aus dem Netzwerk auf unseren Landkreis übertragen. Das Demokratiezentrum unterstützt uns dabei mit Know-how und Informationen, das hilft enorm.

• **Können Sie uns ein Beispiel für einen Vorfall und Ihre Reaktion geben?**

Erst kürzlich tauchten in einer Gemeinde überall NPD-Aufkleber mit gegen Flüchtlinge gerichteten Slogans auf. Bürger sind direkt auf uns zugekommen und haben gefragt, was man denn tun könne. Wir haben die Beweise per Foto gesichert und dann das Bürgermeisteramt informiert, das die Aufkleber entfernen ließ und sich sofort öffentlich von diesem Vorfall distanziert und deutlich gemacht hat, dass Flüchtlinge willkommen sind. Nun wird überlegt, wie man über Schule und Jugendtreff das

Thema aufgreift und die demokratische Kultur stärkt.

• **Was hat sich verändert, seit es das Beratungsnetzwerk gibt?**

Der Umgang mit der Szene ist heute viel professioneller. Durch das Netzwerk wurde die Problematik des Themas erst richtig wahrgenommen und wir erreichen schneller und leichter Verantwortliche in der Politik. Wenn wir mit unseren Materialien, der Beratungsbox des Demokratiezentrums, und sozusagen unter dieser Flagge kommen, hat das mehr Gewicht und Wirkung.

• **Welcher weiteren Unterstützung bedarf es für die Beraterinnen und Berater vor Ort?**

Wir brauchen jetzt vor allem Unterstützung, wie wir auf Anfeindungen gegen Flüchtlinge und diejenigen, die wegen ihres Engagements

im Netzwerk zum Ziel wurden, reagieren können.

Es darf einfach nicht sein, dass Menschen, die auf extremistische Vorfälle in ihrem Umfeld hinweisen, als „Nestbeschmutzer“ gelten. Was uns weiterhilft, sind die neuen Fachstellen im Demokratiezentrum und vor allem die eigene Opferberatungsstelle, an die wir Betroffene weiterleiten können. Wenn

nun alles wie geplant umgesetzt wird, bedeutet das eine tolle Unterstützung für uns vor Ort.



E-Mail: kompetent-vor-Ort@LRAKN.de
<http://www.demokratiezentrum-bw.de/beratungsangebote/beratung-gegen-rechtsextremismus>

FEX – Damit aus Haltung kein Verhalten wird!

Die Fachstelle Extremismuskonstanzierung (FEX) entwickelt und bündelt Kompetenzen und Methoden, die Jugendliche vor extremistischen Haltungen schützen.

Die Fachstelle bietet pädagogischen Fachkräften der offenen und mobilen Jugend- arbeit fachliche Begleitung und Sensibilisierung im Themenfeld Extremismus. Ein

Fokus liegt hier auf der Beziehungsarbeit mit den Jugendlichen, die in besonderem Maße gefährdet, sind extremistische Haltungen anzunehmen. Der Ansatz folgt der Logik, dass präventive Angebote in das Alltagsangebot der Jugendlichen eingebunden werden müssen.

Darüber hinaus arbeitet FEX mit Jugendsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern und den bisher bestehenden Netzwerken zusammen, sodass erfolgreiche Modelle und Methoden der Extremismuskonstanzierung geteilt werden können.

Ziel ist es, lokale und regionale Unterstützungsbedarfe im Themenfeld von politischem oder religiösem Extremismus, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und eventuell damit verbundener Gewalt zu erheben und Fachkräfte im Umgang mit diesen Themen zu stärken. In diesem Zusammenhang entwickelt die Fachstelle Konzepte, wie bisher angewendete Methoden und Arbeitsansätze aus der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen für religiös motivierten

Extremismus adaptiert werden können. Die Fachstelle Extremismuskonstanzierung ist im Demokratiezentrum Baden-Württemberg verankert.

KONTAKT:
FEX | Fachstelle Extremismuskonstanzierung im Demokratiezentrum Baden-Württemberg
Mathieu Coquelin

LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Baden-Württemberg e. V.
Heilbronner Straße 180
70191 Stuttgart
Tel.: (07 11) 1656 222
Mobil: (01 73) 7489 612
Fax: (07 11) 1656 329
E-Mail: fex@demokratiezentrum-bw.de
www.lag-mobil.de
www.demokratiezentrum-bw.de

Facebook:
Fachstelle Extremismuskonstanzierung



Facebook: Fachstelle Extremismuskonstanzierung FOTO: FACHSTELLE EXTREMISMUSKONSTANZIERUNG

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

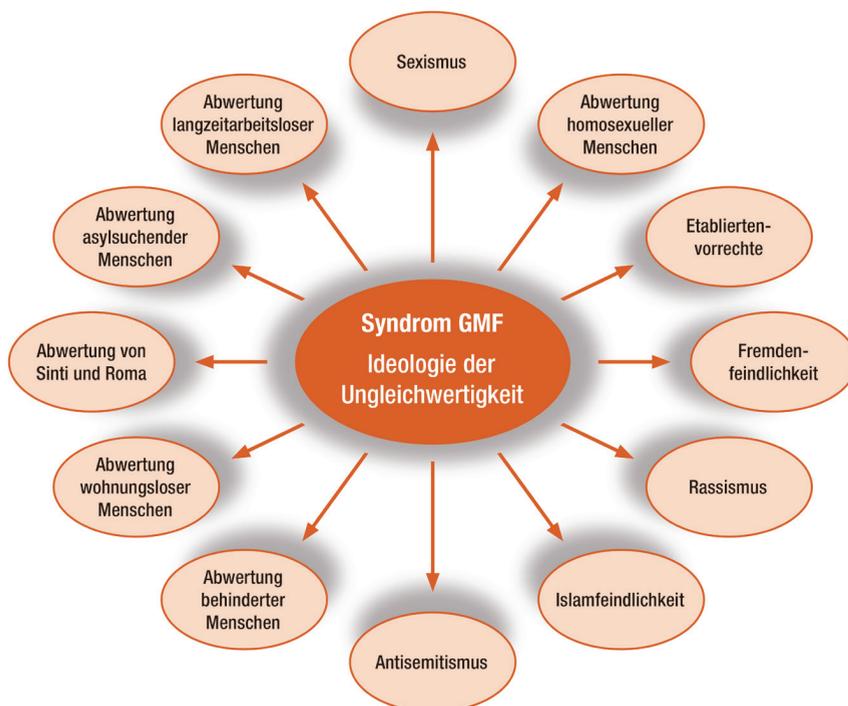
Der Fachbegriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)“ ist in demokratiefördernden und Präventionsmaßnahmen weit verbreitet. Er bezeichnet ein integrierendes sozialwissenschaftliches Konzept, das die Verbreitung von entsprechenden Einstellungsmustern erforscht.

Die einzelnen Elemente der GMF gruppieren sich um eine Ideologie der Ungleichwertigkeit zum Nachteil gesellschaftlich „schwacher“ Gruppierungen. Der Begriff geht auf eine repräsentative Langzeitstudie von Wilhelm Heitmeyer

(et al.) zurück, die Einstellungen, den gesellschaftlichen Kontext sowie beeinflussende Faktoren untersuchte. Die GMF-Elemente fördern und stabilisieren sich gegenseitig zu einem Syndrom. Bestandteile sind:



FOTO: THINSTOCK/ISTOCK – TOFOTOGRAFIE



Das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit zwölf Facetten (vgl.: Zick, A./Klein, A., 2014: Fragile Mitte, feindselige Zustände. Seite 64) GRAFIK GMF: WILHELM HEITMEYER

Von Stereotypen zu Straftaten

Dies betrifft nicht nur die individuelle Ebene, sondern beeinflusst auch das gesellschaftliche Klima – was wiederum z. B. von rechtsextrem motivierten Straftätern als Legitimation genutzt wird („wir setzen nur um, was alle denken“).

Die Forschungsergebnisse belegen, dass abwertende Vorurteile (der wissenschaftliche Begriff heißt dafür pauschalisierende Abwertungskonstruktionen) nicht nur vom rechten Rand, sondern auch von der Mitte der Gesellschaft ausgehen: Sie sind in Ostdeutschland, bei Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss oder in niedrigen sozialen Schichten sowie bei Menschen über 60 Jahren höher ausgeprägt und über die Geschlechter unterschiedlich, aber nicht einseitig verteilt.

Gefahr für das demokratische Klima

Über das Einsickern von Ungleichwertigkeitsideologien, die Entleerung demo-

kratischer Grundwerte und die erhöhte Wahrscheinlichkeit von Ausgrenzung und Übergriffen sind die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft sowie die Grundlage des demokratischen Rechtsstaats gefährdet. Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg vernetzt in Baden-Württemberg Präventionsmaßnahmen zur Eindämmung der GMF.

KONTAKT:
Frank Buchheit (Dipl.-Päd, M. Eval.)
Mitglied im Beratungsnetzwerk des „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“.
Mitarbeiter des Landeskriminalamts Baden-Württemberg,
Zentralstelle Prävention (010).
Tel.: (07 11) 54 01-34 58
E-Mail: praevention@polizei.bwl.de

„Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“



Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin

FOTO: BUNDESRREGIERUNG/KUGLER, CAREN MARKS

Deutschland sagt *willkommen!* Tausende Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Wochen und Monaten eine beispiellose Hilfsbereitschaft für die in Deutschland ankommenden Flüchtlinge gezeigt. Sportvereine, Bürgerinitiativen oder Einzelpersonen – viele Menschen sind spontan zusammengekommen und haben sich vor Ort für die Menschen eingesetzt, die vor Krieg, Hass und Gewalt geflüchtet sind. Ihnen gebührt großer Dank!

Willkommen heißen bedeutet auch einander zu begegnen: Darum hat das Bundesministerium für Familie, Senio-

ren, Frauen und Jugend die „Aktion Zusammenspiel“ ins Leben gerufen. Mehr als 200 Partnerinnen und Partner aus Kommunen und bürgerschaftlichen Initiativen veranstalteten während der Woche des bürgerschaftlichen Engagements bundesweit lokale Begegnungen zwischen geflüchteten und einheimischen Kindern.

Über das Bundesprogramm

Mit dem Programm „Demokratie leben!“ tritt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aktiv Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, aber auch gewaltbereitem Salafismus und linker Militanz entgegen – sowohl kommunal, regional und überregional. „Demokratie leben!“ setzt vor allem darauf, die Vielzahl der engagierten Initiativen für Demokratie und eine offene Gesellschaft zu unterstützen, ihre Kräfte zu bündeln und neue Impulse zu setzen. Ziel ist es, Menschen und Vereine, Initiativen und Organisationen, staatliche Ebenen und Institutionen zusammenzubringen und gemeinsam für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft einzutreten.

In derzeit 217 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kommunale Strukturen in ihrer Arbeit für Viel-

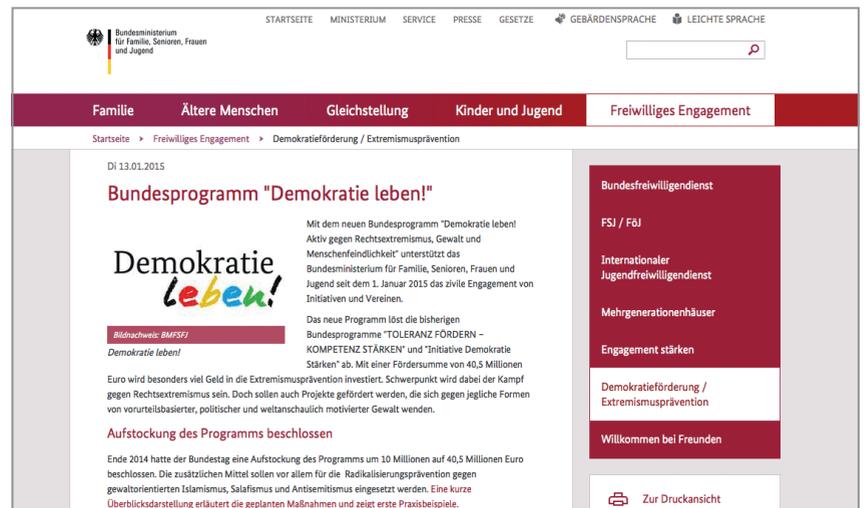
falt und Demokratie. Die Koordinierung und die Vernetzung dieser kommunalen Ebene übernehmen die 16 Landesdemokratiezentren. Dort sind auch die Mobilen- und Opferberatungen angesiedelt, die besonders in den vergangenen Monaten stark beansprucht werden. Dem BMFSFJ ist dabei nicht nur die Vernetzung und Koordinierung von Programmen ein großes Anliegen, sondern auch die fachliche Weiterbildung und ein strukturierter Ausbau. Darum werden mit dem Programm „Demokratie leben!“ über 5 Jahre hinweg 28 nichtstaatliche Organisationen in ihrer Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger gefördert.

Darüber hinaus leisten viele Engagierte in 60 innovativen Modellprojekten hervorragende Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Und weitere 46 Modellprojekte setzen sich erfolgreich präventiv-pädagogisch mit Radikalisierungsverläufen bei jungen Menschen auseinander.

Ich danke allen Engagierten in Baden-Württemberg für ihre wichtige Arbeit für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft!

Caren Marks

Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



www.bmfsfj.de > Freiwilliges Engagement > Demokratieförderung/Extremismusprävention FOTO: BMFSFJ

Unterstützung für Opfer und Betroffene

Opfer rechtsextremer Gewalt und ihr soziales Umfeld benötigen besondere Hilfe bei der Bewältigung von psychischen, physischen und materiellen Schäden.

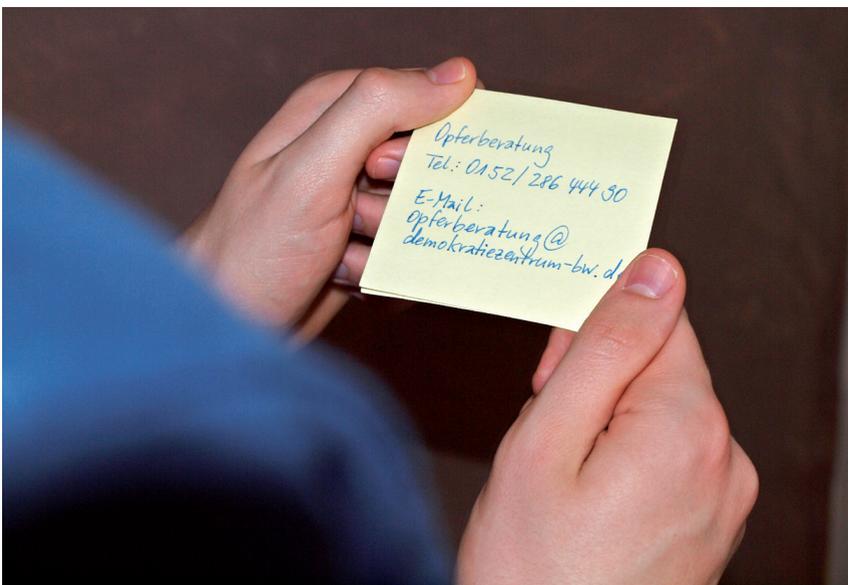


FOTO: YDONTU

Vor dem Hintergrund der Aufarbeitung der Aktivitäten der NSU in Baden-Württemberg nimmt die Landesregierung die Opfer von rechtsextremer Gewalt verstärkt in den Blick. Damit Betroffene zeitnah passgenaue und bedarfsgerechte Unterstützungsangebote erhalten, haben das Sozialministerium und die Landeszentrale für politische Bildung eine eigene Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Baden-Württemberg beauftragt. Seit dem 1. Oktober 2015 gibt es in Baden-Württemberg die Fachstelle Opferberatung. Mit dieser Aufgabe wurde die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e. V. nach einem Ausschreibungsverfahren betraut. Sie wird gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen ein dichtes Informations- und Beratungsnetz knüpfen, um dezentral und vor Ort Opfer rechtsextremer Vorfälle zu erreichen. Betroffene und ihr soziales Umfeld werden darin begleitet, Handlungsstrategien zu erarbeiten und diese in ihrem Alltagsumfeld zu erproben. In diesem Sinne

übernimmt die Fachstelle eine Strategie der Einmischung, die über den Einzelfall hinausreicht und den Sozialraum in den Blick nimmt.

KONTAKT:

Türkische Gemeinde
in Baden-Württemberg e. V.
Reinsburgstr. 82
70178 Stuttgart
Tel.: (07 11) 888 999 33
E-Mail: kontakt@leuchtlinie.de
<http://demokratiezentrum-bw.de/beratungsangebote/opferberatung/>

Online informieren, real handeln

Die Seite www.demokratiezentrum-bw.de stellt Angebote vor, die das „Wissen von vielen“ zum Themenfeld Extremismus, präventive Bildungsarbeit und Menschenrechtsbildung darstellen. Eine Fundgrube für alle, die sich für ein tolerantes Zusammenleben und demokratische Werte stark machen wollen. Nachahmung erwünscht!

Der Bereich „Wissen & Information“ vermittelt Basiswissen und stellt unter der Rubrik „Best-Practice-Projekte“ erfolgreiche Praxisbeispiele und die dort gesammelten Erfahrungen vor. Die hier beschriebenen Projekte zeigen, wie auf hervorragende Weise Vielfalt, Integration und Toleranz in unserer Gesellschaft thematisiert und gestärkt werden können. Sport, Film oder Musik sind nur drei mögliche Zugänge, über die Jugendliche ganz verschiedener Herkunft über Sprachbarrieren hinweg gemeinsame Ziele verfolgen. Die Ergebnisse eignen sich bestens, um vielen anderen zu zeigen, was gemeinsam erreicht werden kann – und das mit viel Spaß für die Beteiligten!

Alle „Best-Practice“-Beispiele sind als Einladung zur Nachahmung zu verstehen: je häufiger, desto besser. Über die Erstinformation sind Interessierte eingeladen, sich direkt mit den Projektinitiatoren in Verbindung zu setzen und weitere Informationen einzuholen.

Tipp: Über das auf der Startseite der Homepage eingebundene Online-Maga-

zin besteht die Möglichkeit, erarbeitete Projektergebnisse sichtbar zu machen.

Ergänzend dazu erleichtert die Datenbank der Migrantenvereine die Suche nach Partnern in der direkten Umgebung. In der Kooperation mit einem Migrantenverein wird Vielfalt gelebt und ein gemeinsames Projekt gewinnt an Authentizität gemäß dem Motto: „Wir reden nicht nur darüber oder laden dazu ein, sondern wir setzen gleich gemeinsam um.“ Dieser partizipative Ansatz stärkt das Verständnis von Teilhabe in der Demokratie. Die Vertreterinnen und Vertreter der Migrantenvereine freuen sich über Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit. Das bessere Kennenlernen baut Vorurteile ab und räumt Missverständnisse aus. Gemeinsam Erarbeitetes und Erlebtes schaffen Nähe und Vertrauen.

Projektfinanzierung

Damit gute Ideen und Engagement nicht an finanziellen Hindernissen scheitern, bietet die Homepage als weiteren Service

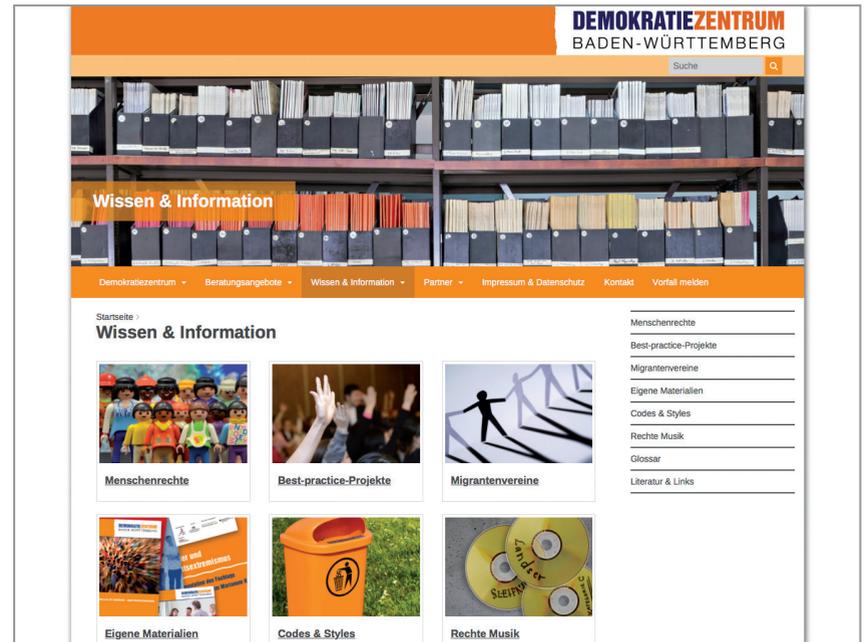


FOTO: DEMOKRATIEZENTRUM BW

Hinweise auf Stiftungen, Initiativen und Programme, die im Themenfeld Vielfalt, Toleranz, Integration und Menschenrechte Förderungen anbieten. Interessierte erhalten somit alle notwendigen Informationen zu Projekten, Kooperationspartnern und Finanzierungsmöglichkeiten, um selbst ein Projekt umzusetzen oder weiterzuentwickeln.

Weiter informiert die Homepage über alle im Demokratiezentrum Baden-Württemberg vernetzten Partner, nennt die zur Verfügung stehenden Beratungsangebote und bietet die Möglichkeit, einen rassistisch, antisemitisch oder rechtsextrem motivierten Vorfall oder derartige Zu-

stände direkt zu melden. Für das schulische Umfeld und für Jugendliche werden durch einen Aktionskalender „Respekt statt Ausgrenzung“ Möglichkeiten für das thematische Arbeiten vorgeschlagen.

Über die Homepage stellt sich das Demokratiezentrum Baden-Württemberg als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Extremismus, präventiver Bildungsarbeit und Menschenrechtsbildung vor.

www.demokratiezentrum-bw.de
E-Mail: info@demokratie-bw.de

Kicken gegen Rechts: ein Projekt im Ostalbkreis

Am 8. Juli 2015 wurde zum vierten Mal das Fußballturnier gegen rechtsextreme Strukturen ausgetragen. In dem „Turnier mit besonderem Flair“ soll ein Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gesetzt werden.



FOTOS: MARC DORAZILLO

Hobbyfußballer zeigen Rassismus die rote Karte

„(...) Schirmherr Klaus Pavel, Bürgermeister Peter Traub und der Kreisjugendring Ostalb Vorstand Michael Wagner begrüßten insgesamt 25 Mannschaften, welche sich zusammengefunden hatten um gemeinsam Fußball zu spielen und ein Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu setzen. Das Rahmenprogramm wurde von verschiedenen Infoständen gestaltet, bei welchen man sich unter anderem über Flucht, Menschenrechte und Rassismus informieren konnte. Mit dabei waren Amnesty International, Schule ohne Rassismus, der Trägerverein Gedenkstätte ehemalige Synagoge Oberdorf, der Arbeitskreis Georg Elser, kompetent vor Ort – für Demokratie gegen Rechtsextremismus und Exit Deutschland. (...)

Nicht nur die besten Fußballer wurden geehrt, auch die schönsten selbstgestalteten Banner und Trikots konnten einen Preis absahnen. Den ersten Platz im Banner-Wettbewerb sicherte sich das Team des Esperanza Schwäbisch Gmünd, das schönste Trikot gestaltete Todos Iguales. (...)

www.kicken-gegen-rechts.de

Fußballer geben Rassismus keine Chance

„(...) Landrat Pavel bezeichnete die Veranstaltung als sehr wichtig und sah darin auch ein starkes Zeichen für die Willkommenskultur im Ostalbkreis. (...) Rund 60 ehrenamtliche Helfer sorgten für eine reibungslose Organisation. Pavel hieß auch einige Kreisräte willkommen. Die Politik, so der Landrat, zeigt Flagge.“

Bürgermeister Peter Traub rief dazu auf, im „wahrscheinlich schönsten Stadion des Ostalbkreises“ spielerisch und fair Barrieren zu überwinden und Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen miteinander bekannt zu machen und zu verbinden. (...) Der Jugendtreff Oberkochen trat gegen die „Black Stars“ an und die Mannschaft „EXIT“ gegen „Chaos Internationale“. Derweil schwor LEA-Chef Berthold Weiß seine Jungs von der LEA noch für ihr erstes Spiel ein. Drei weitere Mannschaften mit Flüchtlingen nahmen ebenfalls am Turnier teil.

Aalener Nachrichten, 20.07.2015, Gerhard Krehlik

„Ein Zeichen gegen Rassismus setzten 26 Teams bei ‚Kicken gegen rechts‘ im Oberkochener Carl-Zeiss-Stadion. Mit dabei waren auch drei Mannschaften aus Schwäbisch Gmünd: die Jugendkulturinitiative Esperanza, der Jugendtreff Oderstraße 8 und zwei Teams der Agnes-von-Hohenstaufen-Schule. Fairplay und Spaß standen im Vordergrund beim Fußballturnier unter der Schirmherrschaft von Landrat Klaus Pavel. Veranstaltet wird das Event vom Kreisjugendring des Ostalbkreises und dem Fußballbezirk Kocher/Rems. Und es wurde wieder ein Fest der Völkerverständigung. (...)“
Schwäbische Post, 19.07.2015

Der Kreisjugendring Ostalb erarbeitet eine Broschüre, die die Planung und Abläufe des Projekts dokumentiert und damit anderen interessierten Veranstaltern zur Verfügung stellt. Die Broschüre wird auf der Homepage des Demokratiezentrums veröffentlicht.

„AG Solidarität“ und Bürger der Stadt unterstützen LEA in Ellwangen

Willkommenskultur statt Stimmungsmache schreibt sich der Unterstützerkreis auf die Fahnen. Mit „Hilfe im Alltag“ setzen engagierte Bürgerinnen und Bürger ein deutliches Zeichen gegen Hetze im Internet. Diese trat mit der Ankündigung zur Einrichtung einer Landeserstaufnahme auf.

Zu Beginn des Jahres 2014 wurde im Ostalbkreis die Beratungsstelle „kompetent vor Ort“ des Kreisjugendrings gegründet. Im September 2014 wurde erstmals in den Lokalzeitungen des Landkreises darüber berichtet, dass in Ellwangen eine Landeserstaufnahmestelle (LEA) für 500 bis maximal 1000 Flüchtlinge eingerichtet werden sollte.

Als Reaktion auf diese Bekanntmachung erschien sofort eine Facebook-Seite, die gegen die geplante Unterkunft mobil machte. Die Facebook-Seite hatte bis zur Eröffnung der LEA Anfang April etwa 1.000 „Gefällt-Mir“-Angaben, dann konstant steigende Zugriffe und bis September dieses Jahres rund 5.600 „Gefällt-Mir“. Während zu Beginn der Kampagne vielen Personen aus dem rechtsextremen Milieu weit über Ellwangen und den Ostalbkreis hinaus die Seite „gefallen“ hatte, gewann die Seite nach und nach regional immer mehr Anhänger. Es ist davon auszugehen, dass die Seite von der NPD Ostalb und ihr nahestehenden Personen betrieben wird.

Überbelegung der LEA willkommen für Stimmungsmache

Zu Beginn der Kampagne schürten die Administratoren in erster Linie Angst und nutzten dabei klassische Klischees über Flüchtlinge als Sozialschmarotzer, Drogendealer oder gar Vergewaltiger. Als deutlich wurde, dass die LEA konstant überbelegt sein würde, wurde dies als Anlass genommen, um gegen die regionalen und überregionalen politischen Verantwortungsträger Stimmung zu machen. So wurden und werden in erster Linie Roderich Kiesewetter, MdB für die CDU im Wahlkreis Aalen-Heidenheim, Landrat Klaus Pavel und Angela Merkel verbal scharf angegriffen. Die Seite bedient sich klassischer rassistischer Klischees und einer „Wir-sind-das-Volk“-Mentalität, bei der die lokale Presse als Lügenpresse beschimpft wird und etablierte Politiker und Asylbewerber für Probleme aller Art verantwortlich gemacht werden. Bisher haben sich die Administratoren noch nicht öffentlich zu einer Partei bekannt oder außerhalb des Netzes größere Aktionen wie eine Demonstration

angemeldet. Bekannt ist, dass sich Anhänger und Administratoren der Seite zu verschiedenen Stammtischen trafen, die nach einem in der rechten Szene typischen Schleuserverfahren stattgefunden haben. Neben diesen nicht öffentlichen Stammtischen trafen sich diverse andere rechte Gruppen wie die sogenannte Identitäre Bewegung Ellwangen und die NPD Ostalb zu Stammtischen und Veranstaltungen. Über 5.500 „Gefällt-Mir“-Angaben auf der Seite signalisieren eine hohe Zustimmung. Es zeigt sich, dass die Administratoren geschickt mit Ressentimentspielen und dabei auch bürgerliche Zivilgruppen ins Visier nehmen.

Solidarität mit Flüchtlingen

Im Dezember 2014 gründete sich eine Aktionsgruppe, die „AG Solidarität“. Sie besteht aus etwa zehn Jugendlichen

und jungen Erwachsenen. Unterstützt von Kirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisatoren hat die „AG Solidarität“ im Januar als Antwort auf die Hetz-Seite eine Demonstration „Ellwangen zeigt Flagge - Refugees welcome“ organisiert. Mehr als 1.000 Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um gemeinsam „Flagge“ zu zeigen.

Die Hilfsbereitschaft und das ehrenamtliche Engagement der Menschen in und um Ellwangen sind trotz der heftigen Überbelegung der Landeserstaufnahmestelle und der rechtsextremen Stimmungsmache (noch) ungebrochen. Ob diese Hilfsbereitschaft aufgrund der täglich neuen Situation uneingeschränkt so bleibt, ist jeden Tag aufs Neue zu prüfen. Zeitweise waren über 4.500 Personen in der LEA, die für 500 bis 1.000 Personen ausgelegt ist (Raumangebot, sanitäre Anlagen, Essensausgabe ...). Dies ist für das kleine, ruhige Städtchen Ellwangen sehr viel – vielleicht sogar zu viel?

Netzwerke für Toleranz

Für die Beratungsstelle „kompetent vor Ort“ für Demokratie – gegen Rechts-

extremismus“ im Ostalbkreis steht Netzwerkarbeit derzeit im Vordergrund. So bleibt sie auf Tuchfühlung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und hält Kontakt zu Polizei und Staatsschutz. Ziel ist es, bestehende lokale Netzwerke für Toleranz und Willkommenskultur zu stärken und die täglichen Ereignisse und Aktionen der NPD Ostalb und diverser Facebook-Seiten im Auge zu behalten.

Auch wenn bisher außerhalb von Facebook wenige Aktivitäten stattfanden, ist es wichtig, die Entwicklungen in den sozialen Netzwerken nicht zu vernachlässigen. Für viele junge und immer mehr ältere Menschen spielt Facebook eine große Rolle bei der politischen Willensbildung und politischen Mobilisierung.

KONTAKT:

Beratungsstelle „kompetent vor Ort“ Ostalb
Kreisjugendring Ostalb e. V.
Stuttgarter Str. 41
73430 Aalen
Tel.: (07361) 503-1465
E-Mail: beratungsnetzwerk@ostalbkreis.de



Ellwangener zeigen Flagge und demonstrieren für eine bunte, weltoffene Stadt: Refugees welcome. FOTO: (C) KJR OSTALB E. V.

Menschenrechte – Deine Rechte!

Menschenrechte sind ein kostbares Gut. Festgelegt 1948 durch die Vereinten Nationen sollen sie jedem ein menschenwürdiges Leben garantieren. Sie zu bewahren und durchzusetzen ist Aufgabe jedes Einzelnen. Als Bestandteil des Grundgesetzes bilden sie unsere gemeinsame Wertebasis.

Recht auf Leben und Recht auf Asyl

Seit Monaten kommen in großer Zahl Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten in Syrien, Irak und Afghanistan nach Europa, um Sicherheit und Frieden zu finden, und die Welt staunt über die deutsche Willkommenskultur. Gleichzeitig demonstrieren rechtsextreme Organisationen und machen Stimmung gegen die Aufnahme dieser Flüchtlinge in unserer Gesellschaft. Daher ist es nicht nur wichtig, Aufklärung zu betreiben, die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig über den Bau von Asylunterkünften zu informieren und Strukturen für (ehrenamtliches) Engagement zu schaffen, sondern auch das Recht auf Asyl als verbrieftes Menschenrecht zu thematisieren.

Sowohl die Gründung der Vereinten Nationen 1945 wie auch die Deklaration der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 waren eine Reaktion auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg. Vor allem der Zweite Weltkrieg hatte gezeigt, dass die einzelnen Staaten und ihre Gesetze nicht ausreichen, um Menschen zu schützen und Hilfesuchenden Hilfe zu gewähren. Diese Aufgabe sollte fortan die Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen gemeinsam leisten. Zwei der 30 Artikel beschäftigen sich ex-

plizit mit dem Recht auf Leben (Art. 3) und dem Recht auf Asyl (Art. 14).

Menschenrechte – Deine Rechte!

Die Plattform „Menschenrechte - Deine Rechte“ widmet sich intensiv den Themenkomplexen „Rechte“ und „Menschenrechte“. Sie zielt insbesondere darauf ab, Interessierten eine

gute Informationsbasis, aber auch Ideen für Projekte, bspw. in der Flüchtlingsarbeit, zu bieten. Die Menschenrechtsartikel werden vorgestellt und über zeitgeschichtliche und aktuelle Beispiele erläutert. Unter „Zeitzeugen“ kommen einzelne Menschen selbst zu Wort. Dabei spielt immer wieder das Thema Flucht eine wichtige Rolle. Sei es bei der Zeitzeugin, die nur durch ihre Einwanderung nach Palästina 1939 dem Holocaust entkommen konnte, dem Republikflüchtling aus der ehemaligen DDR oder den Zeitzeugen, die als politisch Verfolgte oder aus Furcht vor der drohenden Zwangsheirat zu uns nach Deutschland gekommen sind. Alle Filme wurden zusammen mit Jugendgruppen oder Schulklassen gedreht. Wie ein solcher Film entsteht und was dabei zu beachten ist, wird in einer Toolbox erläutert.

Ergänzend dazu gibt es eine Vielfalt an Materialien, die in der Bildungsarbeit und im Unterricht genutzt werden können. Der Wandkalender „Respekt statt Ausgrenzung“ bietet zwölf Spiele, Übungen und Aktionen zum Thema, die ad hoc mit Gruppen durchgeführt werden können. Im Handbuch „Toleranz spielend lernen“ werden 13 Arbeitsmaterialien vermittelt, die das Thema Menschenrechte lebendig und praktisch umsetzen und der „Menschenrechts-Führerschein“ ist ein interaktives Lernmodul.

MEHR INFORMATIONEN:

www.menschenrechte.jugendnetz.de

Kontakt:

Lina Mayer

Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Email: mayer@jugendstiftung.de



Recht auf Asyl: Jeder hat das Recht, in anderen Ländern Schutz vor Verfolgung zu suchen und zu bekommen. Allerdings gelten mittlerweile sehr hohe Hürden für das Asylrecht. FOTO: © MARC DORAZILLO

Löschen, bevor es brennt

Pedro Valdivielso, Berater im Netzwerk: Kommunen, die bei rechtsextremen Vorkommnissen eine deutliche Position beziehen, bauen Dämme und stärken die Demokratie. Totschweigen und Nicht-Reagieren führen zum Gegenteil.

Die Suche nach sinnvollen Reaktionen, um nach außen sichtbar deutlich gegen Rechtsextreme und die Ausbreitung rechtsextremer Haltungen Stellung zu beziehen, unterstützen kommunale Beraterinnen und Berater.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Ortsvorsteher tun gut daran, die Augen vor rechtsextremer Gewalt und Propagandadelikten nicht zu verschließen. Polizei, Ordnungsamt und Jugendreferat können für ein rechtzeitiges Gegensteuern eingesetzt werden. Rechtzeitig heißt, bevor Angsträume für Jugendliche und Erwachsene an Bushaltestellen, öffentlichen Plätzen oder Jugendtreffs entstehen, meint, bevor mit Immobilien-

käufen durch Neonazis Strukturen geschaffen werden. Wenn Rechtsrock-Konzerte und Hassparolen das friedliche Zusammenleben stören und sich eine rechtsextreme Subkultur breitmacht, sind ordnungsrechtliche und erzieherische Maßnahmen nicht mehr ausreichend. Es gilt also, rechtzeitig vorhandene Spielräume zu nutzen. Es gilt

- Jugendliche und Erwachsene zu informieren und zu sensibilisieren
- Alternativen aufzuzeigen und anzubieten
- echte Beteiligungsstrukturen aufzubauen
- demokratische Werte wie Zivilcourage zu leben

Handlungsansätze für Kommunen

Kommunale Beratung hilft dabei, jene Wege zu finden, die Reaktionsmöglichkeiten der Kommunen vergrößern und möglichst viele Einwohner einbeziehen - Erwachsene wie Jugendliche. Mögliche Wege sind:

- die Bildung von Facharbeitskreisen
- die Entwicklung und Umsetzung erzieherischer Handlungsansätze im Jugendbereich
- Informationen über Nutzungsgeheimigungen und Gesetze (Gaststättengesetz, Kampfhundeverordnung) und deren Durchsetzung
- Raum für und Organisation von ansprechenden Beteiligungsangeboten, die die kommunale Gemeinschaft stärken

Bürgerbündnisse gegen Extremismus

In manchen Gemeinden bilden sich Bürgerbündnisse als zivilgesellschaftliche Antwort auf rechtsextremes Han-

deln. In der Auseinandersetzung mit Rassismus, Neonazismus und allen Varianten von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kommt dieser zivilgesellschaftlichen Reaktion eine hohe, manchmal ausschlaggebende Bedeutung zu.

Rechtsextreme Umtriebe zu ignorieren, abzuwarten und auf lautloses Verschwinden zu hoffen, hat nach den Erfahrungen im Beratungsnetzwerk bisher in keinem Fall das Problem gelöst. Deshalb unterstützt „kompetent vor Ort“ Kommunen, berät sie und hilft, einen für die jeweiligen Bedürfnisse und eigenen Voraussetzungen zugeschnittenen Weg zu entwickeln, und begleitet sie dabei.

Über die Beratung wird für jede Kommune ein eigener, auf die jeweiligen Voraussetzungen zugeschnittener Weg entwickelt und begleitet.

*Pedro Valdivielso
Berater im Beratungsnetzwerk
„kompetent vor Ort. für Demokratie-
gegen Rechtsextremismus“*

Albbündnis für Menschenrechte – gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Regionale Schulzentren mit großem Einzugsgebiet sind in der ländlichen Region Schwäbische Alb keine Seltenheit. Jugendliche aus verschiedenen Dörfern, Städten, ja Landkreisen kommen dadurch in Kontakt. Freundschaften entstehen, aber auch Konflikte und Rivalitäten.

Das Albbündnis für Menschenrechte ist ein Zusammenschluss vieler Akteure in der Region Schwäbische Alb. Für diese ländliche Region ist eine rege „Bauwagenkultur“ kennzeichnend. Diese Bauwagen werden von Jugendlichen selbstverwaltet genutzt, stehen häufig auf Privatgrundstücken und sind daher für die professionelle Jugendarbeit nur schwer zugänglich. Für sich genommen ist das kein Problem, doch aus dieser speziellen Konstellation von Dorf-, Stadt- oder Kreisgrenzen übergreifenden Konflikten und Rivalitäten einerseits und selbstverwalteten Jugendtreffs andererseits entsteht rasch ein Nährboden für Ideen der Ungleichwertigkeit von Personen oder Gruppen.

Bei manchen Jugendlichen entwickelt sich daraus - angefacht durch persönliche Erlebnisse, jugendkulturelle Einflüsse (z. B. Rechtsrock) oder (zielgerichtet) durch ältere bzw. erwachsene Vorbilder - ein gewaltbereites oder extremistisches Denken, das sich in ihrem Verhalten wiederfindet. Eine solche Entwicklung war in den letzten Jahren in einigen Gemeinden und Regionen der Schwäbischen Alb zu beobachten.

Vernetzung führt zu mehr Handlungsspielraum

Diese Erfahrung und Erkenntnis veranlasste Fachpersonen in der Jugendarbeit zu einer strukturellen Vernetzung und Erarbeitung von landkreis- und institutionsübergreifenden Lösungs- und Handlungsstrategien, die in der Gründung eines Bündnisses mündete. 2009 gründete sich das „Albbündnis für Menschenrechte – gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ als Verbund von mehreren Institutionen, Trägern der Ju-

gendarbeit und Fachpersonen aus vier Landkreisen. Durch die Vernetzung über die Landkreisgrenzen hinweg und durch die überregionale Unterstützung, z. B. seitens des Demokratiezentrums Baden-Württemberg, konnten in den letzten Jahren drei Fachforen durchgeführt werden, die zur Information und Auseinandersetzung im Themenfeld einladen. Schwerpunkte galten jugendkulturellen Einflussfaktoren, menschenverachtenden Auswüchsen im Amateursport und in die Mitte der Gesellschaft reichenden populistischen Vereinfachungen.

Unterstützung und Beratung im Krisenfall

Darüber hinaus versteht sich das Albbündnis als ein Netzwerk, das im Bedarfsfall zielgerichtet Hilfe vor Ort leistet, an entsprechende Expertinnen und Experten vermittelt oder allgemein öffentlich Stellung bezieht. So wurde mit rivalisierenden Gruppen einer Realschule eines regionalen Bildungszentrums ein Workshop zum Thema „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Jugendkulturen am Beispiel Musik“ durchgeführt, nachdem menschenverachtende Äußerungen und Verweise auf Texte diverser Rechtsrockbands aufgetaucht waren.

Ziel des Workshops war es, eine kritische Haltung der Jugendlichen gegenüber Texten zu fördern und ggf. bisher Nicht-Hinterfragtes infrage zu stellen.

Das „Albbündnis für Menschenrechte – gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ befasst sich mit den Besonderheiten der ländlichen Struktur, informiert, klärt auf und bietet Prävention sowie Beratung im Krisenfall. Das Bündnis verfolgt die Ziele:

- Diskussionen zum Thema Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit anregen
- eine landkreis- und professionsübergreifende fachliche Vernetzung in der Region Schwäbische Alb etablieren



Eindrücke vom 3. Forum Albbündnis in Engstingen. FOTOS: (©) D. UNTERRICKER



- die Leitung und Gestaltung von Workshops und Diskussionsforen für Schulen, Vereine und Institutionen anbieten
- Arbeits- und Informationsmaterialien zum Thema Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickeln
- Hilfe bei Vorfällen vor Ort anbieten oder vermitteln

KONTAKT:

Albbündnis für Menschenrechte – gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
Tel.: (0160) 365 99 32
E-Mail: albbuendnis@kompetentvorort.de

Stuttgarter Migrantenvereine für ein Miteinander ohne Vorurteile

Das Forum der Kulturen Stuttgart e. V. sensibilisiert Migrantenvereine gegenüber diskriminierenden und rassistischen Haltungen und motiviert sie, sich dagegen auch innerhalb der eigenen Community zu engagieren. Dabei stehen sowohl eigene Diskriminierungserfahrungen als auch eigene Vorurteile gegenüber anderen im Mittelpunkt der Projektarbeit.



Theaterprobe: Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus. FOTO: (C) FORUM DER KULTUREN STUTTGART E.V.

Kunst und Kultur als Medium der Anti-Rassismus- und Empowerment-Arbeit

Kulturelle Aktivitäten und die Produktion von Kunst sind eine Chance

sich den Themen Islamfeindlichkeit und Alltagsrassismus zu nähern und ein Umdenken zu bewirken. Die Theatergruppe des Forums der Kulturen beschäftigt sich in Workshops intensiv mit Alltagsrassismus und Is-

lamfeindlichkeit in Stuttgart und erarbeitet ein Theaterstück, das 2016 aufgeführt wird. Unter dem Label „MoVe - Miteinander ohne Vorurteile“ entwickelte eine interkulturelle Gruppe einen Jahreskalender für 2016, der 12 gängige Vorurteile auf kreative Weise aufgreift und zum kritischen Hinterfragen anregt. Ende November bot die Veranstaltungsreihe „HeadAttack! Kunst und Kultur gegen Rassismus im Kopf“ drei konzentrierte Tage mit Performances, Workshops und Podiumsdiskussion.

Netzwerk gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im Februar 2015 rief das Forum der Kulturen gemeinsam mit der Stadt Stuttgart ein kommunales Netzwerk von Akteuren, die sich gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rassismus engagieren, ins Leben, um gemeinsam Möglichkeiten einer besseren Vernetzung und Zusammenarbeit zu diskutieren. Migrantenvereine werden ermutigt sich hier zu engagieren und Themen in die Arbeit des Netzwerks hineinzuspielen.

Anti-Rassismus- und Empowerment-Workshops für Migrantenvereine

Im Jahr 2016 stehen Workshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Vereinen im Fokus der Projektarbeit. Angestrebt werden eine vorurteilsbewusste Sensibilisierung und ein anti-rassistisches Engagement der Mitglieder.

Durch „Demokratie leben!“ werden neue Methoden und Strategien im schwierigen Handlungsfeld der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erprobt. Die Erkenntnisse werden in Form einer Handreichung als Projektabschluss gesichert.

KONTAKT:

Verein(t) gegen Rassismus!
Stuttgarter Migrantenvereine
gegen Islam-, Muslimfeindlichkeit
und Alltagsrassismen!

Forum der Kulturen Stuttgart e. V.
Marktplatz 4
70173 Stuttgart
Tel.: 0711 248 480 854
info@forum-der-kulturen.de
<http://forum-der-kulturen.de>

Werde Mentor für Toleranz und Respekt

MENTOR, das Modellprojekt der Kulturwerkstatt e. V. Reutlingen, bietet jungen Erwachsenen die Möglichkeit, aktiv gegen Islam- und Fremdenfeindlichkeit zu werden und dabei noch einiges zu lernen.

Seit Anfang 2015 ist die Kulturwerkstatt e. V. Reutlingen mit dem Modellprojekt „MENTOR - Miteinander für Engagement, Toleranz und Respekt“ beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“ dabei. Unser Modellprojekt richtet sich gegen Islamfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft. Dies erreichen wir durch Information, Aufklärung und integrative Angebote für Kinder und Jugendliche.

Die Mentorenausbildung – das Herzstück des Projekts

Ein Kernbereich von MENTOR ist die namensgebende Mentorinnen- und Mentorenausbildung. Hier nehmen junge Erwachsene an einer mehrmonatigen, auf Workshops basierenden Ausbildung teil. Sie lernen dabei, was

Islamfeindlichkeit überhaupt ist, welche gängigen Vorurteile im Umlauf sind und was man selber dagegen tun kann. Die Ausbildung umfasst auch die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus werden Kompetenzen im Umgang mit modernen Medien vermittelt. Dadurch sind die jungen Mentorinnen und Mentoren auch in der Lage, medienpädagogische Workshops und Projekte durchzuführen.

Am Ende der Ausbildung können die Mentorinnen und Mentoren selbstständig und mit eigenen Projektideen aktiv gegen Islam- und Fremdenfeindlichkeit werden. So sind nach der ersten Ausbildung bereits Praxisprojekte entstanden: Einige Mentorinnen und Mentoren haben eigene Geocaches durchgeführt, um Kinder auf spielerische Art mit dem Christentum und den Islam vertraut zu machen. Die jungen Abenteurer schlüpfen mit den passenden Kostümen in verschiedene Rollen und lösten dabei einen fiktiven Kriminalfall rund um den Islam.



Geocaching – ein Weg, um Inhalte zu vermitteln. FOTO: (C) KULTURWERKSTATT E. V. REUTLINGEN

Wie geht es weiter – Flüchtlingshilfe und Aufklärungsarbeit

Weitere Projekte stehen kurz vor dem Start: Gerade in der sich aktuell zuspitzenden Flüchtlingssituation werden unsere Mentorinnen und Mentoren in Zukunft aktiv: Betreuungsangebote für Flüchtlinge und Sprachunterricht werden vorbereitet und wir sind auf verschiedenen Veranstaltungen präsent, um über gängige Vorurteile und Missverständnisse in Bezug auf Flüchtlinge und den Islam aufzuklären. Nach der ersten Runde freuen sich

schon alle auf die zweite Ausbildung für Mentorinnen und Mentoren im Jahr 2016. Wer mehr zur Ausbildung oder zum Projekt erfahren möchte, findet Informationen auf der Website mentor-reutlingen.de. Dort finden Sie außerdem Hinweise über unsere Veranstaltungen.

KONTAKT:

Kulturwerkstatt e. V. Reutlingen
Museumstraße 7
72764 Reutlingen
Tel.: 07121-334071

„Andrej ist anders und Selma liebt Sandra“

Das Projekt LSBTTIQ der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg (TGBW) verfolgt einen kultursensiblen Ansatz für eine stärkere Akzeptanz und Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität – insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Das Projekte will die Lebenssituation von Menschen verbessern, die sexuell anders orientiert sind oder deren Geschlechtsidentität nicht der entspricht, die man ihnen zuschreibt. Diese Menschen bezeichnen sich selbst häufig als lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, transgender, intersexuell oder queer (LSBTTIQ).

Ursachen der Diskriminierung erforschen

LSBTTIQ erfahren oft Diskriminierungen und werden Opfer von Gewalt. Eine besonders schwierige Situation haben LSBTTIQ junge Menschen mit Migrationshintergrund, die aus konservativ-traditionellen bzw. stark religiösen Kulturen kommen. Ihre Situation wird zunächst detailliert beschrieben. Davon ausgehend erarbeiten wir konkrete Unterstützungsvorschläge

und -maßnahmen. Zur Beschreibung der Lebenssituation werden LSBTTIQ und ihre Bezugspersonen bzw. Funktionsträgerinnen und Funktionsträger aus den Migrantent-/Religions-Com-

munitys befragt: Welche Vorbehalte, Ängste und Grenzen gibt es, die es LSBTTIQ in diesen Communitys erschweren, ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität frei zu leben? Aber auch: Wo erfahren sie Unterstützung? Außerdem befragen wir LSBTTIQ dazu, wie gut es ihnen gelingt, ihr Leben so zu führen, wie sie es sich wünschen: Welche Herausforderungen stellen sich ihnen? Welche haben sie bewältigt und wie? Was wünschen sie sich für ihre Zukunft?

Unterstützungsvorschläge erarbeiten

Die Befragungen sollen LSBTTIQ stärken und das Verständnis für ihre Anliegen in den einzelnen Communitys fördern. Die erarbeiteten Erkenntnisse

werden Beratungsstellen und Fachkräften zur Verfügung gestellt. Außerdem erarbeiten wir Unterstützungsvorschläge und -maßnahmen, die auf individueller, Community- und regionaler Ebene wirksam werden können.

Das Projekt wird von der Türkischen Gemeinde Baden Württemberg e. V. als Träger in Kooperation mit Weissenburg e. V. und der IHS (Initiativgruppe Homosexualität Stuttgart e. V.) aus der LSBTTIQ Community geleitet.

KONTAKT:

Türkische Gemeinde
in Baden-Württemberg e. V.
Heiko Bäßler
E-Mail: baessler@tgbw.de
www.tgbw.de



Wie stellt sich die Lebenssituation von LSBTTIQ dar? FOTO: (C) TGBW

InsideOut - (Aus-)Wege aus dem Salafismus

Erste Fach- und Beratungsstelle zu gewaltorientiertem Salafismus in Baden-Württemberg: INSIDE OUT ist Anlaufstelle in Fragen der (De-)Radikalisierung - für Jugendliche, für Angehörige, Nahestehende, Sozialarbeiter und allgemein interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Die Gründe für die Radikalisierung von Jugendlichen sind divers. Kein Radikalisierungsverlauf gleicht dem anderen. Das Feld der Forschung zur Radikalisierung ist jung, die Ergebnisse sind oft widersprüchlich. Welche Lehre kann man daraus dennoch ziehen? – Man muss vielfältige Wege in der Radikalisie-

rungsprävention gehen, da es nicht den einen richtigen Weg zum Ziel gibt.

INSIDE OUT tut das, gemeinsam mit Jugendlichen, ihren Eltern und Angehörigen und auch ihren Lehrkräften, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Wir bringen jungen Menschen Anerkennung entgegen für ihren individuellen Weg - auch wenn es ein problematischer ist. Wir bieten Radikalisierungsprävention, die nicht immer den konventionellen Ansätzen folgt - sensibel, ressourcenorientiert und vor allem pragmatisch, mit niederschweligen Maßnahmen, die gut ineinandergreifen.

Radikalisierung verstehen - und ihr entgegenwirken

Zu den primären Maßnahmen gehören die „Stuttgarter Präventionsgespräche“, die in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Hospitalhof Stuttgart stattfinden. Die Gespräche sind Dialogforen für pädagogische Fachkräfte mit Expertinnen und Experten aus dem Feld der Radikalisierungsforschung. Ein indirekter Ansatz ist unser Workshop „Radikal Sein“. Hier werden in einem interreligiösen Planspiel Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

für das Leben streng religiöser Menschen sensibilisiert. Sie sollen später in den Jugendhäusern Jugendliche, die Anzeichen von Radikalisierung zeigen, ansprechen und auf direkte Maßnahmen von INSIDE OUT verweisen.

Den richtigen Weg suchen - der Gorilla Walk

Eine dieser direkten Maßnahmen ist der „Gorilla Walk“ - eine Visionsuche (Vision Quest) im Nordschwarzwald. Bei einer dreitägigen Wanderung bekommen junge Männer, die an Übergangspunkten in ihrer Biografie stehen, die Möglichkeit, sich über ihre Ziele klarer zu werden. Im Anschluss an den Gorilla Walk treffen sich die Teilnehmer in einer Gesprächsgruppe - gemeinsam mit Mentoren und Gleichaltrigen, die ihnen dabei helfen, ihre getroffenen Entscheidungen in die Tat umzusetzen und dabei immer wieder zu überprüfen, ob diese (noch) richtig sind.

KONTAKT:

Fach- und Beratungsstelle INSIDE OUT
Waiblinger Straße 1-3, 70372 Stuttgart
Tel.: (0711) 794 866 45
E-Mail: info@insideoutnow.de
www.insideoutnow.de



Prävention von Radikalisierung muss vielfältige Wege gehen. FOTO: (C) FACH- UND BERATUNGSSTELLE INSIDE OUT

Göppingen – Partnerschaft für Demokratie

218 lokale „Partnerschaften für Demokratie“ bilden bundesweit das Herzstück des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Direkt in den Kommunen werden die Stärkung der Demokratie und der Kampf gegen Extremismus umgesetzt.

Eine von insgesamt 14 „Partnerschaften für Demokratie“ in Baden-Württemberg hat sich in Göppingen auf Initiative von Stadtverwaltung und Gemeinderat zusammengeschlossen. Bereits seit 2007 beteiligt sich die Stadt an verschiedenen Bundesprogrammen zur Extremismusprävention.

„Wir konnten deshalb von Anfang an auf ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis zurückgreifen, das sich dem Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie verschrieben hat“, berichtet Ulrike Haas, die als Leiterin des Referats Kinder und Jugend auch für die lokale „Partnerschaft für Demokratie“ zuständig ist. Ausruhen will man sich darauf allerdings nicht. „Dieses Bündnis auszubauen, ist eines unserer wichtigsten Ziele“, ergänzt Haas. Eine Fach- und Koordinierungsstelle wurde eingerichtet. Dafür konnte mit der Einrichtung Future der BruderhausDiakonie ein erfahrener Partner aus dem Bereich der Jugendsozialarbeit gewonnen werden. Regelmäßige Demokratiekonferenzen sollen Bürgerinnen und Bürger animieren, sich an lokalen Partnerschaften zu beteiligen.

Demokratie lebt von Beteiligung

Beteiligung ist einer der Schlüsselbegriffe im Göppinger Programm. „Mit pfiffigen, jugendgerechten Methoden wie den Stadtoasen wollen wir möglichst vielen, nicht nur jungen, Menschen zeigen, dass eine demokratische Gesellschaft vom Mitmachen lebt“, erklärt Haas.

Dort, wo Demokratie in Gefahr ist, setzt man in Göppingen auf Aufklärung. Die Veranstaltungsreihe „AnspruchBAR“ behandelt zum Beispiel aktuelle Themen von Rechtsextremismus bis hin zu Salafismus. Und selbstverständlich hat auch die Schaffung von Hilfs- und Willkommensangeboten für Flüchtlinge einen wichtigen Platz im lokalen Programm.

KONTAKT:

Stadtverwaltung Göppingen
Hauptstraße 1
73033 Göppingen
Tel. 0 71 61 / 65 04 62
E-Mail: jugend@goeppingen.de
www.goeppingen.de



Gemeinsam für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Göppingen. FOTO: © STADTVERWALTUNG GÖPPINGEN

In Baden-Württemberg werden 13 weitere Städte, Gemeinden und Landkreise unterstützt, die im Rahmen von „Partnerschaften für Demokratie“ Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt entwickeln und umsetzen: Böblingen, Freiburg, Landkreis Göppingen, Herrenberg, Karlsruhe, Kirchheim/Teck, Mannheim, Ostfildern, Ravensburg/Schus-

sental, Rems-Murr-Kreis, Sindelfingen, Weil der Stadt, Weingarten/Schussental.

Informationen zu den Projekten der „Partnerschaften für Demokratie“ stehen auf der Website des Demokratiezentrum Baden-Württemberg:

www.demokratiezentrum-bw.de/partnerschaften-fuer-demokratie/

Präventionsnetzwerk gegen Extremismus

Im Zuge des Maßnahmenpakets „Sonderprogramm der Landesregierung zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ hat die Landesregierung Baden-Württemberg im Februar 2015 die Einrichtung eines „Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg“ (KPEBW) im Innenministerium Baden-Württemberg beschlossen. Aufgabe des KPEBW ist es, die Maßnahmen der Präventions- und Interventionsbemühungen gegen verfassungsfremde Bestrebungen im Zusammenhang mit dem (islamistischen) Extremismus zentral zu steuern und zu koordinieren. Außerdem soll es den Informationsfluss zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, einschließlich der Sicherheitsbehörden, gewährleisten.

Darüber hinaus wird eine landesweite, zentrale Beratungsstelle eingerichtet und durch einen externen Partner betrieben werden. Zu den

Aufgaben der Beratungsstelle mit Sitz in Stuttgart gehören neben Maßnahmen der spezifischen und allgemeinen Prävention auch die Beratung von Angehörigen und dem sozialen Umfeld von Radikalisierten. Außerdem die Beratung von und aufsuchende Arbeit mit Radikalisierten in einem frühen Stadium und der Aufbau eines Ausstiegsangebots für Radikalisierte, Ausreisewillige, Rückkehrer und Inhaftierte in Justizvollzugsanstalten. Die Beratungsstelle wird im 2. Quartal 2016 ihre Tätigkeit aufnehmen.

KONTAKT:

Innenministerium Baden-Württemberg
Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus Baden-Württemberg
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 / 231-5381
E-Mail: kpebw@im.bwl.de
Internet: www.im.baden-wuerttemberg.de

Neue Fachstelle: PREvention

Die im November 2015 bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg eingerichtete „Fachstelle PREvention“ befasst sich mit der Prävention von religiös begründetem Extremismus. Sie ist konzeptioneller Teil des Demokratiezentrum.

Die Fachstelle entwickelt umfassende Maßnahmen, Strukturen und Strategien zur Prävention von Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen und gibt zivilgesellschaftlichen Akteuren Kompetenzen und Handlungsempfehlungen an die Hand. Zentrale Aufgabe ist dabei die Vermittlung eines Demokratieverständnisses, das von Respekt gegenüber anderen Lebens- und Glaubensentwürfen geprägt ist. „PREvention“ möchte dazu beitragen, insbesondere den islamischen Glauben zu entdämonisieren, und gleichzeitig muslimische Gläubige dabei unterstützen, ein tragender und gestaltender Teil unserer demokratischen Gesellschaft zu werden. Weitere Aufgaben gelten der Koordinierung und Erweiterung vorhandener Angebote. Um dies zu errei-

chen, wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und islamischen Glaubensgemeinschaften angestrebt. Diese Kooperationen schaffen Möglichkeiten, um gefährdeten jungen Muslimen eine gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen.

In enger Zusammenarbeit mit der Fachstelle Extremismuskonferenzen im Demokratiezentrum Baden-Württemberg (FEX) und mit anderen im Themenfeld Aktiven soll die Prävention gegen Diskriminierung von Muslimen effektiv gestaltet und ausgebaut werden.

KONTAKT:

Fachstelle PREvention – Fachstelle für die Prävention von religiös begründetem Extremismus bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg, Jens Ostwaldt, Schloßstr. 23, 74372 Sersheim
Tel.: (07042) 83 17 - 11
Fax: (07042) 83 17 - 40
Mobil: 0171 / 623 42 21
E-Mail: ostwaldt@jugendstiftung.de